Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft 07.11.2007
Christel Hempe-Wankerl Tel.: 2428
Gaby Kohle Tel.: 10124

V o r l a g e G 10/17
für die Sitzung der Deputation für Bildung am 15.11.2007

# Auswahl von drei neuen Ganztagsschulen

## A. Problem

Für die 17. Legislaturperiode beschreibt die Koalitionsvereinbarung den Auftrag, jährlich drei neue Ganztagsschulen in Bremen und eine in Bremerhaven einzurichten. Längerfristig soll es in jedem Stadtteil eine Ganztagsgrundschule und eine weiterführende Ganztagsschule in der Sekundarstufe I geben.

Die inzwischen erlassene Verordnung zur Regelung der Ganztagsschule beschreibt die Aufgaben der Ganztagsschule in Bremen. Aufgrund der darin beschriebenen inhaltlichen Ausrichtung wird die Ganztagsschule in Bremen als gebundene bzw. teilgebundene Ganztagsschule betrieben.

Daraus ergibt sich der bildungspolitische Anspruch eines veränderten Lernens und einer anderen Gestaltung des Schulbetriebs.

## B. Lösung / Sachstand

Mit dem Informationsschreiben Nr. 145 vom 27.08.07 wurde allen Schulen der Stadtgemeinde Bremen die Möglichkeit eröffnet, ihr Interesse an der Umwandlung zu einer Ganztagsschule zu erneuern bzw. neu zu erklären (Anlage 1).

Daraufhin gingen 23 Meldungen von 9 Grundschulen, 3 Gesamtschulen, 5 Schulzentren, 2 Gymnasien und 4 Förderzentren ein (Anlage 2).

Wichtige Kriterien für die Einrichtung neuer Standorte sind die regionalen Bedarfe; d.h., es soll in den nächsten vier Jahren möglichst für alle Familien eine Ganztagsschule in erreichbarer Nähe geschaffen werden mit der Möglichkeit, die Entwicklung zur Ganztagsschule mit weiteren Schulentwicklungsüberlegungen zu verbinden und bestehende Kooperationen mit Kitas und Institutionen der Jugendhilfe einzubeziehen.

Deshalb ist es sinnvoll, die Standortentscheidungen für neue Ganztagsschulen im Zusammenhang mit der Arbeit am Schulentwicklungsplan unter Einbeziehung von Kinder und Jugendliche betreffende Stadtteilentwicklungen zu treffen. Ggf. werden dabei weitere Schulen aufgefordert, einen Antrag einzureichen. Diese Ergebnisse werden jedoch erst im Sommer 2008 vorliegen.

Da die Einrichtung einer Ganztagsschule eines Vorlaufs bedarf, werden zum heutigen Zeitpunkt bereits drei Schulen vorgeschlagen, um ihnen den Start als Ganztagsschule zeitnah zu ermöglichen:

**1. Schulzentrum Findorff**
In der Deputationssitzung vom 16.03.06 erfolgte bereits folgender Beschluss: "Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird gebeten, die Möglichkeiten der Realisierung eines Ganztagsangebots am Standort Findorff zu prüfen und darüber zu berichten.“ In der Sitzung vom 22.06.06 wurde von der Behörde ein Bericht vorgelegt mit dem Kernsatz: "Das SZ Findorff wird zum Schuljahr 2006/07 ein Ganztagsangebot einrichten, das der Vorbereitung einer Ganztagsschule zum Schuljahr 2008/09 dient".

**2. Integrierte Stadtteilschule Leibnizplatz**
Die Schule bewirbt sich bereits seit dem Schuljahr 2004/05 als Ganztagsschule.
In der Deputationssitzung vom 16.03.06 zum weiteren Ausbau der Ganztagsschulen wurde entschieden, dass die IS Leibnizplatz in das nächste Auswahlverfahren einbezogen wird.

**3. Schule an der Parsevalstraße**
In der Region Hemelingen/Sebaldsbrück gibt es bisher keine Ganztagsgrundschule. Für die Grundschule Parsevalstraße besteht die Möglichkeit, die frei werdenden Räume der Freien Waldorfschule Sebaldsbrück zu übernehmen, weil die Waldorfschule den Standort zum Sommer 2008 aufgibt. Es muss daher jetzt eine Entscheidung über den Standort getroffen werden, um die Verhandlungen über eine Anmietung und die Planung für eine schulische Anschlussnutzung aufnehmen zu können. Wegen des längerfristigen Anmeldeverfahrens für die Grundschulen wird mit der Schule abgestimmt, in welcher Organisationsform der Beginn des Ganztagsbetriebs erfolgen wird.

## C. Beteiligung/Abstimmung

Die Vorlage wurde mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales abgestimmt.

## D. Beschlussvorschlag

Die Deputation stimmt der Einrichtung der vorgeschlagenen Standorte als Ganztagsschulen zu und bittet in einer der nächsten Sitzungen um Vorlage der Bau - und Finanzierungsplanung.

In Vertretung

Carl Othmer
Staatsrat